

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ARBEITSGRUPPE

Freitag 13. Juli 2018

**Vorsitz : Herr Christophe Arend,
Herr Andreas Jung,
und Frau Sabine Thillaye
Vorsitzende der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe**

- Anhörung von Herrn Jean Rottner, Präsident des Regionalrats Grand Est ; von Herrn Roland Theis, Staatssekretär des Saarlandes ; von Herrn Johannes Jung, Leiter der Vertretung Baden-Württembergs bei der Europäischen Union ; von Herrn Dr. Klaus Schüle, stellvertretender Leiter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten des Regierungspräsidiums Freiburg.

Das Treffen beginnt um 14.40 Uhr in Straßburg im Europapalast.

Frau Vorsitzende Sabine Thillaye. Herr Präsident, Herr Staatssekretär, Herr Kommissar, Herr Konsul, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen, dass Sie uns heute mit Ihrer Anwesenheit beehren.

Grenzüberschreitende Themen liegen unserer deutsch-französischen Arbeitsgruppe besonders am Herzen, weil einige Kollegen aus diesen Regionen stammen, aber auch weil in diesen Grenzregionen das deutsch-französische Herz sehr stark schlägt.

Wie können wir Ihnen heute besser helfen, die Herausforderungen dieser Regionen besser verstehen und die Hindernisse beseitigen, die der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Interesse der europäischen Integration insgesamt entgegenstehen?

Herr Vorsitzender Andreas Jung. (Dolmetscher) Wir freuen uns diese Anhörungen durchzuführen. Wir sind sehr interessiert an den Vorschlägen, die Sie machen können, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Wir haben in Berlin bereits ein Treffen zu den Themen Wirtschaft, Kultur, Umwelt und Soziales organisiert und sind überzeugt, dass die Grenzregionen ein besonders wichtiges Thema für den neuen Elysée-Vertrag sind. Das Schlüsselwort ist Mehrwert; die Zusammenarbeit muss für die Bewohner von konkretem Nutzen sein.

Herr Vorsitzender Christophe Arend. Liebe Freunde – Ich nenne Sie so, weil ich glaube, dass wir alle das Ergebnis der deutsch-französischen Freundschaft sind – Freundschaft muss gepflegt werden, sie ist nicht selbstverständlich, sie musste aufgebaut werden. Sie wurde in den Grenzgebieten aufgebaut, die Sie vertreten. Heute sind sie die treibende Kraft der europäischen Integration. Wie schon mein Freund Roland Theis sagte: das bevölkerungsreichste Land Europas ist das Grenzland mit 150 Millionen Einwohnern. Heute wollen wir durch den deutsch-französischen Motor und durch Sie, die Repräsentanten und Volksvertreter dieser Gebiete, ein integriertes Europa fördern. Deshalb bin ich auf Ihre Beiträge gespannt, damit wir als Parlamentarier Sie bei diesem täglichen Aufbau vor Ort unterstützen können.

Herr Jean Rottner, Präsident des Regionalrats Grand Est. Für mich als Präsident einer Region ist es äußerst interessant in Straßburg, dieser gleichwohl regionalen als auch europäischen Hauptstadt, eine Arbeitsgruppe deutscher und französischer Abgeordneter zu treffen, die gemeinsam über die Zukunft des Elysée-Vertrags nachdenken.

Wie können wir mit Ihnen, die Sie für die Herstellung der Beziehungen zwischen Staat und Staat, Parlament und Parlament verantwortlich sind, unser tägliches Leben teilen, was zuweilen das unserer Mitbürger erschwert, aber auch eine echte Bereicherung darstellt?

Ich weiß nicht, ob man von "grenzüberschreitender Politik" sprechen kann, ich glaube nicht, dass es eine gibt, und ich bedauere dies. In den Regionen versuchen wir in unseren täglichen Beziehungen und durch unsere Initiativen, einen völlig neuen und anderen europäischen Raum der Zusammenarbeit aufzubauen. Auch in anderen Ländern gibt es einige, doch dieser ist aufgrund seiner Dichte und der Vielzahl der beteiligten Akteure recht außergewöhnlich. Die Region Grand Est, die eine sehr junge Geschichte hat, grenzt an drei deutsche Bundesländer, zu denen wir zunehmend konstruktive und konkrete Beziehungen unterhalten. Wir sind auch Nachbarn von Luxemburg, Belgien und der Schweiz.

Insbesondere in den deutsch-französischen Beziehungen stehen wir in engem Kontakt mit einem Riesen - Baden-Württemberg - Rheinland-Pfalz und dem Saarland, zu denen wir mittlerweile sehr konkrete Beziehungen pflegen. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht es nicht mehr darum, sich mit Freunden zum Kaffee zu treffen und sich zu fragen, wie wir noch enger befreundet sein können. Wenn wir vom Nach-Fessenheim sprechen, arbeiten wir an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor Ort mit der Pflicht, Instrumente in den Regionen zu erfinden in sehr enger Verbindung zu den Staaten und damit zu den Gesetzgebern.

Wenn wir über Mobilität sprechen, dann im französischen Ökosystem, dem unserer Region, aber die Probleme können nur in einem viel umfassenderen System gelöst werden, das den grenzüberschreitenden Austausch einschließt. Ich habe gerade ein Abkommen mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin unterzeichnet, um unsere Eisenbahnlinien auf beiden Seiten der Grenze zu erweitern, einschließlich Fahrplänen, Zeittakten und gemeinsamer Ausrüstung. Dieses Abkommen soll auch auf das Saarland ausgedehnt werden, das mit Lothringen ein gemeinsames elektronisches Ticket und damit eine gemeinsame Zahlungsart und Tarifierung eingeführt hat, von der wir uns im Gegenzug inspirieren lassen. Dieses Experiment wird auch auf Baden-Württemberg ausgedehnt und zur Folge haben, dass zweiundzwanzig weitere Züge bei Alstom in Auftrag gegeben werden. Dies ermöglicht somit die Entwicklung der Region und beweist, dass sich grenzüberschreitende Politik in sehr konkreten Entscheidungen widerspiegelt.

Ein weiteres Beispiel ist die Zusammenarbeit zwischen Universitäten. Sie kennen Eucor, die erste Universität mit einem besonderen europäischen Status. Ich habe kürzlich eine Vereinbarung mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten unterzeichnet, um unsere Unterstützung für diese Universität zu verstärken. Auf großregionaler Ebene denken wir an eine europäische Universität. Es gibt eine beachtliche Ansammlung von Forschungszentren und Universitäten, die wir nutzen müssen. Für Frankreich wie für Deutschland muss dieser akademische Schmelztiegel zu einem Gewinn werden. Wir kommen auf den vom Vorsitzenden Jung erwähnten Begriff der Dichte zurück: Er bezieht sich nicht nur auf die Grenzen, er bezieht sich viel weiter auf eine Rheinachse und auf die Achse der Großregion, die ich für wesentlich halte.

In dieser neuen Region, die in Frankreich entstanden ist, betrifft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur die zwanzig Kilometer auf beiden Seiten der Grenze. Heute erstreckt sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom Rhein bis Paris,

von den Ardennen bis nach Bourgogne-Franche-Comté. Das ganze Gebiet des Grand Est ist von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und insbesondere von den Beziehungen zu Deutschland betroffen. Meine engsten Freunde in der Region Paris sind sich dieses Vorteils und des Nutzens, die ihnen seit der Bildung der Region Grand Est zugutekamen, sehr wohl bewusst. Die Großflächigkeit der Region ist von Vorteil im Verhältnis zu den deutschen Bundesländern. Diese Großflächigkeit führt zu einem Gleichgewicht der Kräfte und einer etwas anderen Diskussion. Auf der Ebene dieses europäischen Territoriums haben wir ein ganz anderes Gewicht, aber mitunter fällt es mir schwer, dies in Paris deutlich zu machen. Wir haben darüber bei einem Treffen gesprochen, bei dem jeden Monat Vertreter der Region und Parlamentarier zusammenkommen: Bisweilen fällt es uns schwer, das hohe Interesse Frankreichs an dieser regionalen Zusammenarbeit, das der Region und aller französischen Gebietskörperschaften - Kommunen, Eurodistrikte, Großstädte, mittlere Städte – zu verdeutlichen. Die gesamte Struktur der grenznahen französischen Gebietskörperschaften ist der Ansicht, dass sie von unseren Regierungsbehörden und unserer Technostruktur nicht angemessen bewertet wird.

Der Austausch zwischen Frankreich und Deutschland könnte von einer ähnlichen Politik wie die Meerpolitik profitieren. In Le Havre, La Rochelle oder Saint-Nazaire wird das Meer als Öffnung zur ganzen Welt verstanden. Das Gleiche gilt für die grenznahen Regionen; mit der grenzübergreifenden Strategie müssen wir Frankreich für den europäischen Kontinent öffnen. Ausgehend von diesen Bereichen der lokalen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene müssen wir eine Chance für Frankreich sein. Wir müssen eine Chance für die nationalen Politiken sein, die sich wirklich auf die Territorien stützen müssen. Sie verfügen nun über das Know-how und setzen diese öffentlichen Maßnahmen sehr konkret um, und wir können vielleicht auf Ihre Überzeugungskraft und Ihre Arbeit zählen. Sie können sich auch auf diese regionale Realität der Nähe, auf dieses aus dem regelmäßigen Austausch entstandene Wissen verlassen, um die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu intensivieren.

Herr Roland Theis, Staatssekretär des Saarlandes. (Dolmetscher) Vielen Dank für die Gelegenheit, an dieser Anhörung teilzunehmen, und ich überbringe Grüße von unserem Ministerpräsidenten Tobias Hans. Wie Sie vielleicht wissen, wird er im Herbst Vater von Zwillingen, weshalb er sich eine wohlverdiente Auszeit genommen hat.

Ich gratuliere Ihnen zu diesen parlamentarischen Initiativen; alles, was Sie getan haben, betrifft wichtige Fragen, die uns direkt berühren, und Sie werden in meinen Ausführungen eine Reihe von Punkten finden, die Ihnen bekannt sein dürften.

Herr Rottner verwies auf die Rolle der Regionen und Länder in den deutsch-französischen Beziehungen. Die deutsch-französische Freundschaft besteht nicht nur auf der Ebene der Exekutive und des Staates, sie ist eine Freundschaft zwischen zwei Völkern. Die Länder haben in den Grenzregionen Gesprächspartner für die Zusammenarbeit gefunden, und darüber hinaus haben wir eine wichtige Rolle zu spielen. In der Vergangenheit sind wir weiter gegangen: In der Erklärung von Poitiers im Jahr 2003 unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Raffarin und Bundeskanzler Schröder haben die Regionen und Länder eine politische Rolle in diesem Bereich erhalten.

Die Konferenz 2013 auf Ihre Initiative, Herr Link, ging auch in die richtige Richtung. Das sind Beispiele, die wir in den Elysée-Vertrag einfließen lassen sollten. Den Regionen und Ländern einen klar definierten Stellenwert in den deutsch-französischen Beziehungen einzuräumen, würde einen Wertzuwachs für alle bringen und einen stabilisierenden Faktor darstellen, da eine zusätzliche Ebene des Dialogs geschaffen würde. Das Maison commune (gemeinsame Haus) des Grand Est oder das Maison de l'Alsace (Haus des

Elsass) in Brüssel, bei denen das Saarland mitgewirkt hat, sind Beispiele für Maßnahmen mit Mehrwert gegenüber den europäischen Institutionen.

Zweitens werden Sie nicht überrascht sein, wenn ich sage, dass für das gegenseitige Verständnis das Erlernen beider Sprachen unerlässlich ist. Wir sind überzeugt, dass kulturelles Verständnis nicht nur durch das Erlernen der Sprache erleichtert wird. Es reicht nicht aus, die gleiche Sprache zu sprechen, auch wenn es eine Voraussetzung ist. Das Erlernen von Deutsch in Frankreich und von Französisch in Deutschland ist ein Ziel. Das ist uns wichtig, und wir hoffen, dass der Unterricht in unseren jeweiligen Sprachen einen entscheidenden Platz im Elysée-Vertrag einnehmen wird, wie ich bereits sagte. Wenn meine Informationen stimmen und die Dokumente, die mir aus Berlin zukommen, gehen in diese Richtung, dann laufen die Verhandlungen über den Elysée-Vertrag offensichtlich auf Englisch.... Ich glaube nicht, dass diese Fragen rein technischer Natur sind. Im Gegenteil, es ist eine wirklich politische Frage. Wir beklagen uns oft, dass unsere beiden Sprachen in den europäischen Institutionen an Boden verlieren, aber in unseren bilateralen Beziehungen verzichten wir auf Französisch und Deutsch? Das wäre meines Erachtens eine kulturelle Kapitulation.

Grenznahe Regionen und Bundesländer sind prädestiniert für Sprachlaboratorien. Seit 2013 haben wir eine Strategie entwickelt, damit bis 2043 innerhalb einer Generation - wir nennen sie die "Elysée-Generation" – Französisch dank eines breiteren Angebots an den Schulen die zweite Sprache im Saarland wird. Grenzgebiete sind also Laboratorien, und diese Rolle sollte im Rahmen des Elysée-Vertrags gefördert werden. Unter Beachtung der staatlichen Kompetenzen sollten grenzüberschreitende Netzwerke geschaffen werden. Alle Gebiete können nur von der Mehrsprachigkeit profitieren.

Drittens, die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In diesem Bereich können Sie sich auf unsere volle Unterstützung bei Ihren Entscheidungen über Eurodistrikte verlassen. Wir brauchen starke Eurodistrikte, die zahlreiche grenzüberschreitende Projekte tragen müssen. Da sehen die Bürger und Bürgerinnen unserer Länder, dass die Dinge besser laufen, wenn wir zusammenarbeiten, als wenn wir gegeneinander arbeiten. Das ist etwas Konkretes. Die saarländische Landesregierung fordert seit langem das Recht auf Ausnahmeregelungen und der von Luxemburg vorgeschlagene und von der Europäischen Kommission übernommene grenzüberschreitende Mechanismus dürfte zu diesem Zweck ein interessantes Instrument sein. Die Eurodistrikte sollten über autonome Haushalte verfügen, um eine unabhängigere Rolle spielen zu können. Es wäre interessant, wenn es an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland oder anderswo in der Europäischen Union einen schrittweisen Übergang von der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen zu einer deutsch-französischen Ko-Verwaltung gäbe. Das sollte das Ziel sein, es würde andere Möglichkeiten eröffnen und als Beispiel für andere Regionen dienen.

Viertens stimme ich voll und ganz mit Herrn Präsident Rottner überein, was den Elysée-Vertrag 2.0 betrifft. Ich glaube, der Herr Vorsitzende Jung sagte, wenn wir nicht nur einen Papiertiger wollen, müssen wir die Sichtbarkeit des Elysée-Vertrags 2.0 sicherstellen. Nach der Ratifizierung dieses Vertrags und darauf aufbauend muss es "Elysée"-Projekte in Frankreich und Deutschland geben und zwar nicht nur in Grenzregionen. Diese Projekte müssen die Realität des Lebens der Menschen in unseren Regionen widerspiegeln. Im deutsch-französischen Kontext wurden viele Themen angesprochen: Airbus, Künstliche Intelligenz, Energiepolitik, Klimawandel... Sie haben sehr interessante Vorschläge zum Thema Sektorkopplung in der Energiewirtschaft oder Berufsausbildung gemacht. Wir wollen, dass es für die Bevölkerung sichtbare "Elysée"-Projekte gibt, dass es eine Zusammenarbeit zwischen den Franzosen und den Deutschen gibt, die sich nicht auf Berlin und Paris beschränkt, sondern dass sie konkret zwischen den Gemeinden vor Ort erfolgt. Es ist das beste Instrument, das den tatsächlichen europäischen Ambitionen des neuen Elysée-Vertrags entspricht. Wir sind uns

einig, dass der Elysée-Vertrag kein Selbstzweck sein kann. Er ist ein Instrument, das der Wiederbelebung der europäischen Integration dienen muss. Und die Grenzregionen sind der richtige Motor.

Herr Johannes Jung, Leiter der Vertretung Baden-Württembergs bei der Europäischen Union. (*Dolmetscher*) Ich vertrete hier Ministerpräsident Kretschmann und unseren Minister für Justiz und Europa, Guido Wolf.

Ich bin sehr beeindruckt, dass Sie sich für dieses Thema jenseits von Hierarchien und Verwaltungen interessieren. Niemand kann untätig bleiben, sich nur auf seinen Bereich beschränken. Es muss eine echte Zusammenarbeit geben, wenn wir auf lokaler, regionaler, Bundesländer-, Staats- und EU-Ebene vorankommen wollen. Und ich habe diese verschiedenen Ebenen bewusst in dieser Reihenfolge erwähnt. Am Oberrhein, trinational mit unseren Schweizer Freunden, haben wir im Laufe der Jahre eine sehr professionelle Logik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entwickelt, die uns selbstverständlich erscheint und eine Vielzahl von Bereichen des täglichen Lebens umfasst: Gesundheit, Forschung, Sprachen, Planung, Wirtschaft und Politik. Wir kennen uns gut.

In Deutschland haben wir das Gefühl, dass die Wahl von Präsident Macron eine neue Dynamik geschaffen hat. Auch wenn die Wahrnehmung in Frankreich etwas anders sein mag, wird diese Dynamik in Deutschland positiv bewertet. Die Entstehung der Region Grand Est hat ebenfalls zu einer Entwicklung geführt. In Brüssel trafen wir Vertreter aus verschiedenen Teilen des Grand Est und sie sagten uns, dass sie ihre Kontakte aus Baden-Württemberg oder über die Grenze hinweg besser kannten als einige ihrer Kollegen aus dem Grand Est. Das war vor zwei Jahren. Es ist gut, dass sich diese Dinge weiterentwickelt haben.

Diese beiden Dynamiken kommen aus Frankreich und sind sehr positiv. In Baden-Württemberg sind wir es gewohnt, mit Haut-Rhin, Bas-Rhin, Lothringen zusammenzuarbeiten, und wir entdecken diese größere Partnerschaft, die dank dieser Dynamik erweitert wurde. Und andere Regionen als der Oberrhein teilen das gleiche Verständnis von grenzüberschreitender Zusammenarbeit, das ihnen ebenso logisch und selbstverständlich erscheint: Saar-Lux, Benelux.... Sie sind Nachbarn, ein Raum der Zusammenarbeit und Partnerschaft, Chancen, die es zu nutzen gilt.

Wir stimmen dem zu, was gesagt wurde: Wir brauchen neue Rechtsgrundlagen. Wir müssen die Kompetenzen und Inhalte definieren, und Herr Schüle aus Freiburg wird hier sicherlich einiges zu sagen haben.

Ich möchte näher auf das Beispiel der Forschung eingehen. Eucor ist ein Verband von Universitäten, die die Universitäten Karlsruhe, Straßburg, Mülhausen-Colmar, Freiburg und Basel in der Schweiz umfasst. Wir befassen uns mit Finanzierungsproblemen von Forschungsprogrammen. Wir wollen nicht, dass diese akademischen Zusammenschlüsse unzweckmäßigen Zwängen unterliegen, die zu geringeren finanziellen Zuwendungen führen. Wir haben daher ein Interesse an einer Zusammenarbeit, die wir in den kommenden Wochen und Monaten sehr genau im Auge behalten wollen. Die Zeiten sind für Universitäten und Universitätsnetzwerke in Europa eine Herausforderung, es geht um Exzellenz, es gilt den Kompetenzverlust infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auszugleichen. In grenznaher Zusammenarbeit und im internationalen Wettbewerb müssen wir wachsam sein.

Bei den Infrastrukturprojekten steht unsere Region nach dem Eisenbahnunglück von Rastatt unter Schock. Wir haben erkannt, wie heikel es ist, keine ausreichenden Alternativen in Bezug auf die Infrastruktur zu haben. Deshalb sind wir sehr umsichtig und grenzüberschreitende Infrastrukturen und ihre Entwicklung in allen Bereichen - Energie, IT,

Schiene, Brücken und Straßen - müssen eine Priorität sein. Dies gilt nördlich von Straßburg, in Metz, in Rastatt oder in Colmar, wo die letzte durch den Zweiten Weltkrieg zerstörte Brücke nicht wieder aufgebaut wurde. All diese Infrastrukturen sind notwendig. Wir brauchen sie für den Schienen-, Güter- und Personenverkehr.

Es ist ein Thema, das romantisch erscheinen mag; es ist ausgesprochen pragmatisch. Wir sind heute Morgen mit der Straßenbahn Straßburg-Kehl gefahren: Es ist erfreulich, dass dieses Projekt das Licht der Welt erblickt hat und für die Bevölkerung so sichtbar geworden ist.

Herr Dr. Klaus Schüle, stellvertretender Leiter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten des Regierungspräsidiums Freiburg. (*Dolmetscher*) Ich möchte Ihnen sagen, wie sehr ich mich freue, hier zu sein. Freiburg ist seit dreißig Jahren führend in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In vielen Punkten stimme ich mit meinem Kollegen aus dem Saarland überein. Wir würden uns freuen, wenn ein solches "Paket" mit dem Elysée-Vertrag verabschiedet werden könnte und alle drei oder fünf Jahre eine Bewertung der Fortschritte vorgenommen wird. Dies würde es ermöglichen, nach der Unterzeichnung konkret weiterzumachen.

Der Präsident Rottner erwähnte Fessenheim. Wolfgang Schäuble sprach bei einem Treffen in Freiburg über das Projekt und erwähnte das heutige Treffen. Jeder weiß, wie wichtig dieses Thema für uns ist. Seit Jahren haben wir Meinungsverschiedenheiten mit unseren französischen Kollegen. Wir erhalten regelmäßig Informationen über das Projekt, das im Januar von Staatssekretär Sébastien Lecornu in die Wege geleitet wurde. Ziel ist es, dass diese Projekte in die Tat umgesetzt werden. Frankreich hat von Anfang an gesagt, dass es eng mit Deutschland zusammenarbeiten will. Das begrüßen wir.

Es ist wichtig, konkret zu bleiben. So ist seit Ende 2017 die Wiederherstellung der seit 1945 nicht mehr bestehenden Eisenbahnverbindung Colmar-Fribourg Gegenstand mehrerer Initiativen, über die die Abgeordneten des Elsass mit Emmanuel Macron diskutieren konnten. Es wurde beschlossen, dass Frankreich die Machbarkeitsstudie leiten wird, deren Ergebnisse uns bis Ende des Jahres vorliegen sollten. Wir würden uns freuen, wenn diese Frage im "Elysée-Paket" gebührend berücksichtigt würde. Es gibt viele Beziehungen zwischen den beiden Städten, insbesondere im Bereich der Ausbildung, und das Modell Straßburg-Kehl könnte eine Quelle der Inspiration sein.

Auf französischer Seite muss ein Industrie- und Gewerbepark entstehen. Es könnte ein deutsch-französischer Raum mit eigenem Rechtsstatus sein. Die Ideen sind bereits im Umlauf und die Staatssekretärin für den ökologischen Übergang war dabei. Ich möchte mich dem anschließen, was Präsident Rottner gesagt hat: Wir müssen in diesem Gewerbegebiet deutsch-französische Leuchtturmprojekte auf den Weg bringen, die zudem eine europäische Ausrichtung haben. Die Minister Peter Altmaier und Nicolas Hulot haben gestern ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem sie diese Leuchtturmprojekte, insbesondere zur Solarenergie und künstlichen Intelligenz, hervorheben. Vielleicht sollten wir auch das Saarland und Lothringen einbeziehen?

Im Bereich der erneuerbaren Energien könnte ein ähnlicher Vertrag wie der zwischen Deutschland und Dänemark eine gegenseitige Investition von Ressourcen ermöglichen. Frankreich hat mit diesem Gewerbegebiet etwas sehr Konkretes vorgeschlagen; die Austrocknung des Feuchtgebietes könnte durch Projekte auf deutscher Seite kompensiert werden.

Das sind sehr konkrete Dinge und wir möchten, dass das "Elysée-Paket" ebenso konkret wird. Die baden-württembergischen Volksvertreter würden sich freuen, wenn

grenzüberschreitende Kooperationsprojekte in diese Richtung gehen und alle fünf Jahre bewertet werden könnten. Wir begrüßen die Unterstützung der Parlamentarier, wodurch eine neue Dynamik entsteht.

Herr Patrick Hetzel. Es ist sehr wichtig, Sie anzuhören, denn das Ziel ist es, die Dinge konkret umzusetzen. Diese Arbeit, die seit mehreren Monaten läuft, wird auf einer anderen Grundlage geleistet, da der erste Elysée-Vertrag ein Regierungsabkommen zwischen Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle war. In diesem Jahr konnten die beiden Parlamente sich annähern. Ziel ist es, zunächst zu prüfen, was funktioniert, wie zum Beispiel Eurodistrikte und die Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften. Was sind Ihrer Meinung nach die zu überwindenden Hemmnisse?

Herr Dr. Klaus Schüle. 250 Millionen Euro! (*Heiterkeit*) Lassen Sie mich etwas genauer sein. Diese Zusammenarbeit ist von Grund auf entstanden; sie ist seit sechzig Jahren hervorragend und auch wenn Dinge noch verbesserungsfähig sind, funktioniert sie gut. Bahnverbindungen wären sinnvoll, insbesondere mit dem Flughafen Basel-Mulhouse. Wir haben Ideen, aber große Projekte scheitern an der fehlenden Finanzierung. Der Bundestag hat trotz Vorbehalten 250.000 Euro für die Machbarkeitsstudie der Strecke Colmar-Freiburg bereitgestellt: Es handelt sich um eine echte deutsch-französische Initiative. Aber für große Projekte brauchen wir mehr Geld.

Herr Christian Petry. (*Dolmetscher*) Vielen Dank für diese sachkundigen Erläuterungen, die tief im Alltag der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verwurzelt sind. Der Elysée-Vertrag ist ein Abkommen, das es uns ermöglicht, aktueller zu sein, aber er kann nicht so detailliert sein wie das Parlamentsabkommen.

Ihre Erläuterungen zeigen, wie wichtig es ist, dass der Elysée-Vertrag eine Liste von Leuchtturmprojekten - Großprojekte, aber auch weniger kostspielige - in seinen Anhang aufnimmt. Sie sind zahlreich entlang der Grenze von Basel bis Luxemburg.

Wenn wir die Entwicklung der Eurodistrikte als Beispiel nehmen, verschwinden die rechtlichen Grenzen in einer Reihe von Bereichen wie Bildung, Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei, weil die Kompetenzen des Eurodistrikts jetzt über den Bau von Brücken oder den Verkehr von Straßenbahnen hinausgehen.

Wohlwissend, dass jeder von Ihnen an eine nationale oder regionale Struktur gebunden ist, glauben Sie, dass die Übertragung von Exekutivbefugnissen an die Eurodistrikte, um aus der rechtlichen Sackgasse herauszukommen, es ermöglichen könnte, über den Elysée-Vertrag hinaus grenzüberschreitende Fragen voranzubringen?

Herr Jean Rottner. Wir träumen von einem Ende des Steuer- und Sozialdumpings auf französischer Seite - es gibt Ungleichheit im Arbeitsrecht. Sollten wir, wie Roland Theis sagte, die Idee der experimentellen Freiräume aufgreifen, die Luxemburg während seiner Präsidentschaft im Rat der Union vorgelegt hat?

Absprachen zwischen Staaten sollten es uns ermöglichen, uns in sehr konkrete Kooperationsprojekte einzubringen, seien es Eurodistrikte oder größere Gebiete. Auf jeden Fall ist es eine langfristige Aufgabe: Die Entwicklung des EuroAirports dauerte siebzig Jahre zwischen dem Abkommen von 1949 und der Abstimmung des französischen Parlaments im Jahr 2018 über die Annahme des Übereinkommens über den spezifischen Steuerstatus.

Der europäische Raum muss zu einem Raum der Freiheit und der Vereinfachung werden. Heute kann ein Florist, der in der Nähe der Grenze lebt, keine drei Kilometer weiter liefern, weil der Papierkram beträchtlich ist und er als entsandter Arbeiter gilt. Wirtschaftlich

kann es nicht funktionieren! Die Wirtschaft kann nicht mit diesen uns trennenden administrativen Grenzen zurechtkommen.

Die Projekte sind vorhanden: Im Krankenhaussektor haben wir ein Projekt zur Kardiologie im Freiburger Raum, in der Notfallmedizin zwischen Freiburg und Mulhouse, im Zentrum für Schwerbrandverletzte etwas weiter nördlich. All das gibt es, aber es müssen immer Sonderregelungen oder Ausnahmesituationen sein, denn der Verwaltungsapparat ist sehr schwerfällig - Rückerstattungen der Krankenversicherung, Kostenübernahme, Vorabgenehmigung. Lassen Sie uns das alles vereinfachen und eher *a posteriori* arbeiten. Was wir erreichen müssen, ist eine normative Vereinfachung zwischen unseren beiden Ländern.

Herr Roland Theis. (*Dolmetscher*) Das Beispiel Elsass und Baden-Württemberg zeigt, dass das geographische Problem durch Infrastruktur überwunden werden muss. Der Vorschlag, den Sie gemacht haben, erscheint mir äußerst sinnvoll. Das ist eine nationale Aufgabe, denn es geht um Probleme aufgrund der nationalen Grenzen. Der deutsch-französische Investmentfonds für Grenzgänger muss angemessene Lösungen unterbreiten.

SaarLorLux, der größte grenzüberschreitende Markt in der EU, hat über 200 000 *Nävtter*, Grenzgänger. Man muss nur morgens die Autobahn in Richtung Luxemburg oder Saarbrücken nehmen, um zu verstehen, dass dies ein Problem ist. Die Vertreter der Universitäten der Großregion haben ausgezeichnete Projekte, sind aber wegen des Mangels an öffentlichen Verkehrsmitteln mit dem Problem der studentischen Mobilität konfrontiert. Wir haben noch nicht alles getan, was im Grenzgebiet notwendig war; geografische Schwierigkeiten müssen dringend überwunden werden.

Es stimmt, Herr Petry, dass die Hauptprobleme darauf zurückzuführen sind, dass die jeweiligen Rechtsordnungen nicht immer kompatibel sind. Spezifische Klauseln, wie das Recht auf Ausnahmen, sind notwendig, und der europäische grenzüberschreitende Mechanismus ist ein hoffnungsvolles Thema. Vereinbarungen über die Rechtsgrundlage würden viele Schwierigkeiten auf einmal beseitigen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um den Vertretern der beiden Parlamente zu sagen, dass wir eine Bewertung der rechtlichen Folgen des innerstaatlichen Rechts für die Grenzregionen wünschen. Forbach liegt in der gleichen Entfernung von Paris wie Saarbrücken von Berlin und wir wissen, dass wir beim Gesetzgeber nicht im Vordergrund stehen. Von Berlin oder Paris aus gesehen ist die Zusammenarbeit zwischen dem Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Grand Est vielleicht nicht offensichtlich; für uns steht sie im Mittelpunkt. Wir brauchen Lösungen, damit keine Probleme entstehen.

Frau Ursula Groden-Kranich. (*Dolmetscher*) Ich bedaure, dass kein Vertreter aus Rheinland-Pfalz, meiner Region, der Einladung gefolgt ist. Aber da ich mit einem Badener verheiratet bin, kenne ich das Thema!

Herr Theis hat zu Recht die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel für die Sichtbarkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bevölkerung hervorgehoben. Welche Probleme können sich aus der Koexistenz von Bundes- und Landesrecht ergeben? Vielleicht wäre es einfacher in Frankreich, wo der Staat zentralisiert ist? In Deutschland ist es immer kompliziert!

Herr Antoine Herth. Herr Rottner, hat die Dynamik des Elysée-Vertrags 2.0 zu einer Reflexion über die Probleme im Grand Est geführt? Wird eine Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeiten? Dies könnte zum Beispiel eine Gelegenheit sein, ein Weißbuch zu veröffentlichen, das uns helfen würde, an bestimmten Punkten der Gesetzgebung zu arbeiten.

Meine zweite Frage betrifft die bekannte Brücke von Neuf-Brisach. Das ist kein neues Thema - ich musste mich damit befassen, als ich für das Verkehrswesen im Elsass zuständig war. Die Frage nach dem Betrieb der Strecke über den Bau hinaus wird nur selten gestellt. Sie ist jedoch entscheidend in Bezug auf die Möglichkeit, die Unternehmung unter Dach und Fach zu bringen.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder die Region ändert ihren Standpunkt und übernimmt das Betriebsdefizit; oder es wird eine spezielle Verkehrsbehörde geschaffen, an der alle an der Unternehmung beteiligten Gebietskörperschaften mitwirken würden, um etwa zwei Drittel des Defizits im Verhältnis zu den Gesamtkosten des Betriebs einer Linie zu decken.

Nach welchem Recht kann das geschehen? In Rheinland-Pfalz kann eine solche Struktur in der Rechtsform einer GmbH funktionieren, was in Frankreich absolut unmöglich ist. Das französische oder deutsche Recht wird sich wahrscheinlich ändern müssen, um diese Probleme zu lösen. Ich wollte wissen, was die Region zu diesem Thema denkt.

Frau Dr. Franziska Brantner. (*Dolmetscher*) Es war die Rede davon, dem Vertrag eine Art Fünfjahresplan beizufügen, der regelmäßig überprüft werden müsste. Das ist eine sehr interessante Idee, die eine gewisse Kontinuität gewährleisten würde. Wir könnten uns vorstellen, dass diese Regionen, diese Eurodistrikte zu "Elysée"-Räumen werden, die alle von der Ausnahme profitieren würden.

Herr Schüle, die Stilllegung von Fessenheim war ein sehr wichtiges Thema für Deutschland. Gott weiß, dass wir darauf gedrungen haben. Wir sind uns der Verpflichtung bewusst, an der daraus resultierenden Umwandlung der Region mitzuwirken. Ich möchte, dass unsere Kollegen in Frankreich wissen: Auch wir fühlen uns dieser Verantwortung verpflichtet. Vielleicht wird dieses Projekt auf der Grundlage neuer Energien gebaut, so dass es zu einem Modell für die Zukunft wird?

Wie weit ist es mit der deutsch-französischen Berufsschule? Die Universitäten funktionieren bereits sehr gut, aber die Öffnung gegenüber anderen Kategorien von Jugendlichen könnte ein interessantes Modell sein.

Herr Sylvain Waserman. Der Elysée-Vertrag gibt uns die Möglichkeit, mit früheren Jahrzehnten zu brechen, indem die Idee akzeptiert wird, dass es in den Eurodistrikten Ausnahmeregelungen geben könnte. Für ein Land wie Frankreich ist dies eine Kulturrevolution, weil dies die Anerkennung der lokalen Gleichwertigkeit der Rechte impliziert. Dies gilt auch für Deutschland, da sich die Eurodistrikte über einen kleinen Teil des deutschen Territoriums erstrecken und diese Segmentierung Fragen auf Länderebene aufwerfen kann. Was halten Sie von der Möglichkeit, die Rechte in den Eurodistrikten anzupassen?

Der Elysée-Vertrag bietet uns auch die Möglichkeit, territoriale Entwicklungspläne auf Ebene der Länder und Regionen zu bekräftigen, da er Projekte hervorhebt, die von den großen lokalen Entscheidungsträgern als vorrangig angesehen werden.

Vorsitzender Andreas Jung. (*Dolmetscher*) Ich stelle fest, dass eine Einigung über Inhalte, Zuständigkeiten, Handlungsspielräume und Budgets von grenzüberschreitenden Projekten besteht.

Herr Rottner, würden Sie uns empfehlen, die Idee eines Anhangs zum Elysée-Vertrag zu übernehmen, der aus einer Liste von Projekten besteht, die alle fünf Jahre vom Parlament bewertet und umgesetzt werden sollen? Diese Projekte würden von den "Elysée-Regionen" durchgeführt.

Herr Jean-Jacques Gaultier. Wir haben über Studenten und die europäische Universität gesprochen, aber ich möchte Sie zu den Auszubildenden befragen. Auf beiden

Seiten der Grenze gibt es erhebliche Unterschiede, angefangen bei der Zahl der jungen Auszubildenden. Ich möchte Ihre Meinung zur Möglichkeit der Schaffung gemeinsamer Berufsbildungszentren hören. Ich glaube, dass es seitens Straßburg-Kehl ein Projekt mit gemeinsamer Anerkennung der Diplome gibt. Auch wenn die derzeitige Gesetzgebung die Situation ändert - ich denke dabei an den Entwurf des Berufsbildungsgesetzes - müssen wir über den nationalen Rahmen hinausgehen und die Bestimmungen über das Experimentieren und die Ausnahme in unseren Grenzgebieten anwenden. Dies könnte zu einem harmonisierten Lehrlingsstatus führen.

Herr Norbert Kleinwächter. (*Dolmetscher*) Ich möchte auf das zurückkommen, was Herr Theis über die Sprache gesagt hat. Frankreich und Deutschland arbeiten gut zusammen, aber wenn ich in Frankreich und Deutschland reise, sehe ich, dass alles auf Englisch gemacht wird - bis hin zu den Hinweisschildern in einigen Fällen - und das ist bedauerlich. Meiner Meinung nach sollten wir die Sichtbarkeit unserer beiden Sprachen sicherstellen.

Die Einführung von Ausnahmeregelungen im Rahmen der Eurodistrikte würde zu einer differenzierten Behandlung von Handwerkern und Unternehmen führen, je nachdem, ob sie innerhalb oder außerhalb der Eurodistrikte tätig sind. Zwar gelten auf beiden Seiten der Grenze bereits unterschiedliche Regeln, doch diese Ausnahmeregelungen würden diese Diskriminierung nur verlagern. Was die Aktivitätszonen angeht, ist es notwendig, die Vor- und Nachteile abzuwägen und über Verantwortlichkeiten nachzudenken. Eine Behörde muss die Verantwortung für die Anlage übernehmen. Ein solches Projekt war in meiner Region geplant, aber da es zu viele Beteiligte gab, kam es nie zur Verwirklichung. Seien wir vorsichtig.

Davon abgesehen würde ich gerne Ihren Standpunkt zum Eurodistrikt erfahren.

Herr Roland Theis. Lassen Sie mich zunächst einige Fragen beantworten. Was sind die großen Probleme? Was sind die rechtlichen Hindernisse? Wenn ich Ihnen sage, dass es diese Hindernisse im Saarland nicht gibt, dann mache ich keine Witze. Das Saarland hat die richtige Größe für große Flexibilität in allen Bereichen. Herr Petry stimmt mir sicherlich zu.

Sie kennen die grenzüberschreitende *Task Force* für die "Großregion", deren Aufgabe es ist, Schwierigkeiten zu erkennen und Lösungen vor allem auf dem Arbeitsmarkt vorzuschlagen. Im Arbeits- und Sozialrecht wurde eine Reihe von Schwierigkeiten festgestellt - die Entsenderichtlinie braucht nicht erwähnt zu werden. Hier sind pragmatische Lösungen gefragt.

Unserer Meinung nach sollten auch Vertreter der Länder und des Bundesrates stets in den deutsch-französischen Ministerräten vertreten sein. Es wäre gut, Probleme zu erkennen, noch bevor sie entstehen.

Die Berufsausbildung ist sicherlich das drängendste wirtschaftliche Thema in den Grenzregionen. Sie ist viel dringender als die Hochschulkooperation. Wenn wir ein sichtbares und volksnahes Projekt aufbauen wollen, dann müssen wir viel für die Berufsausbildung tun. Drei der vier heute bestehenden deutsch-französischen Ausbildungsgänge sind im Saarland angesiedelt. Wir glauben, dass dies ohnehin der flexibelste Ansatz ist und auch für andere Regionen ein allgemeingültiges Instrument darstellt.

Als saarländische Regierung hatten wir uns vorgenommen, im Rahmen einer deutsch-französischen Agentur für Berufsbildung eine institutionelle Triebkraft zu finden, die das Dossier aufgreift, um Lösungen zu erarbeiten. Angesichts der wirtschaftlichen Bedürfnisse, zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftebedarf, muss etwas getan werden.

Was die Ausführungen von Herrn Wasserman angeht, so haben Sie aus meinen Äußerungen geschlossen, dass wir diese Ausnahmeklauseln uneingeschränkt befürworten.

Keine große Debatte über Souveränität, sondern pragmatische, konkrete Lösungen, Vereinbarungen über geltendes Recht. Ich fürchte, wenn wir an einer Grundsatzdebatte festhalten, werden wir kaum Fortschritte erzielen.

Verlagern Ausnahmeregelungen nur das Problem? Die Realität ist, wenn ein Teil der Kundschaft eines saarländischen Handwerkers auf der anderen Seite der Grenze wohnt, diesem Handwerker wegen unüberwindbarer rechtlicher und administrativer Schwierigkeiten ein Nachteil entsteht, was bei anderen Handwerkern nicht der Fall ist. In diesem Fall ist, offen gesagt, die Harmonisierung die beste Lösung, aber bei konkreten Schwierigkeiten sind auch pragmatische Lösungen erforderlich.

Herr Jean Rottner. Viele Fragen wurden gestellt.

Die Region Grand Est ist dabei, eine "Deutschland-Strategie" zu entwickeln. Seit meiner Ankunft im Oktober ist dies eine der klaren und eindeutigen Prioritäten unserer Region, der französischen europäischen Region per definitionem mit 40 % der französischen Landgrenzen, was uns verpflichtet, eine Strategie in allen Bereichen - Universität, wirtschaftliche Mobilität, erneuerbare Energien - zu entwickeln. Wir sind dabei, sie zu entwerfen, und wir können Ihnen, es könnte nützlich sein, die ersten Elemente vorlegen.

Was die Sprache betrifft, so sehen wir Fortschritte. Die Debatte verläuft in einigen Teilen der Region schneller als in anderen, aber im Allgemeinen ist die Sensibilität für Mehrsprachigkeit vorhanden.

Ich erzähle Ihnen eine Anekdote. Wie Sie wissen, liebt Ministerpräsident Kretschmann die Oper. Also lud ich ihn zu einer Aufführung nach Straßburg ein, wo die Opern in Deutsch und Französisch untertitelt sind. Er war überrascht, denn bei ihm ist es auf Deutsch und Englisch! Also wandte er sich an seine Frau und sagte: "Ich will das auch!" Manchmal sehen wir Dinge aus einem bestimmten Blickwinkel und wundern uns dann, dass die Realität anders ist, und entdecken, dass einige Dinge, die wir für offensichtlich hielten, nicht unbedingt so sind.

Was die Eurodistrikte angeht, Vorsicht vor dem Mitnahmeeffekt, der uns noch bevorsteht. Eine Strategie muss vorhergesehen werden.

Wer sind denn die Gesprächspartner in Frankreich? Wie strukturieren wir unsere grenzüberschreitende Antwort zwischen dem Präfekten, dem Präsidenten der Region, dem Präsidenten des Départementrats, dem Bürgermeister, dem Präsidenten einer öffentlichen Anstalt für interkommunale Zusammenarbeit (EPCI), dem Präsidenten des Eurodistrikts? Wir müssen auch mit den Ansprechpartnern, die diese grenzüberschreitenden Beziehungen tagtäglich gestalten, eine klare Sprache sprechen. Nach und nach wird eine Reihe von Elementen eingeführt. Wir sehen es vor allem im Norden Lothringens, wo der Präfekt und der Präsident der Region sie koordinieren. Das bedeutet nicht, dass sie tagtäglich alles steuern, aber zumindest gibt es eine sehr breite, strategische Vision, die entwickelt wird, oft mit staatlichen Gesprächspartnern. So befand ich mich auf dem französisch-luxemburgischen Gipfel in einer ziemlich einzigartigen Position: Am Tisch der beiden Regierungen war ich die einzige Person, die nicht Mitglied einer Regierung war. Ich war dort, um die Position der französischen Region zum Ausdruck zu bringen, was sehr interessant war und was es ermöglicht, vor Ort viel effektiver zu vermitteln.

Was die erneuerbaren Energien betrifft, verstehe ich die Ausführungen zu Fessenheim, und wir brauchen heute wirklich das Mitwirken der Deutschen bei diesem Übergang, vielleicht zu einer Wiederaufbereitungsanlage, die dem deutschen Markt einen großen Platz einräumt.

Fessenheim ist jedoch ein kleines Problem in einer viel allgemeineren grenzüberschreitenden Reflexion, einer Reflexion über einen europäischen Raum, der vielleicht eine Energiewende und eine viel stärkere Entwicklung der erneuerbaren Energien gewährleistet. Wir haben hier in wissenschaftlicher Hinsicht, in wirtschaftlicher Hinsicht und im Hinblick auf die Wertschöpfung eine echte Herausforderung im Herzen Europas. Wie können unsere Regionen bei der Energiewende im Herzen unserer beiden Länder tatsächlich eine Führungsrolle übernehmen?

Es geht nicht nur um Fessenheim, es gibt andere Kraftwerke und es geht nicht nur um die Kernenergie, sondern in allen Bereichen der Energiewende möchte ich heute die Region Grand Est klar als eine der führenden europäischen Regionen positionieren. Das bedeutet, dass wir unseren Austausch im Bereich der Berufsausbildung und der akademischen und universitären Ausbildung intensivieren müssen. Wir müssen alle unsere möglichen Kompetenz-, Forschungs-, Innovations- und Industrialisierungsbereiche nutzen. Schulen, Universitäten, Lehrlingsausbildungszentren (CFA) sind natürlich ein integraler Bestandteil dieser Ressourcen und es gibt bereits viele Lernangebote. Das funktioniert nicht, denn die Vorgaben auf beiden Seiten sind extrem kompliziert, die Gleichwertigkeit ist extrem kompliziert, doch die Lehreinrichtungen sind bereits vorhanden.

Heute stehen wir allerdings vor einer Schwierigkeit: Wir haben ein paar Leute, die aus Deutschland kommen, um in Frankreich eine Ausbildung zu absolvieren und etwas mehr Franzosen, die eine Ausbildung in Deutschland machen, aber das bleibt ein problematisches Thema, dessen Relevanz in dieser Berufsschule liegt, von der Kehl und Straßburg träumen. Wo soll sie sich befinden? Müssen wir sie im „Nach-Fessenheim“ erfinden? Sollten auch die internationalen Gymnasien auf beiden Seiten unserer Grenzen gestärkt werden? Das sind Themen, die wir ansprechen müssen, aber sie sind auch konkret. In diesem Zusammenhang ist ein Anhang zum Elysée-Vertrag zu begrüßen, der es uns ermöglichen wird, diese Fragen in einen Rahmen zu stellen, dem die Regierungen besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen müssen.

Antoine Herth kennt die Komplexität des Themas Bahn. Wird die Öffnung für den Wettbewerb auf französischer Seite es ermöglichen, einen Betreiber zu erfinden und diese Schwierigkeiten zu beseitigen, die er im Hinblick auf die Verkehrsbehörde beschreibt? Auf jeden Fall steht das Thema wirklich im Raum. Und wenn ich manchmal einige Vorbehalte gegen diese eher symbolische Idee zum Ausdruck bringe, dann deshalb, weil sie sehr komplex ist und von weit her kommt. Es ist nicht nur die Wiedereröffnung einer Brücke, die während des Krieges zerstört wurde; es ist wesentlich komplizierter, ein echtes Schulbeispiel. Die Studie, die wir heute wieder zur Diskussion stellen, wird sich mit diesen Fragen befassen müssen, aber mit einer wirklich umfassenden Vision. Eine weitere Brücke liegt mir am Herzen: Nördlich von Straßburg müssen Verbindungen zwischen unseren Autobahnen hergestellt werden. Es gibt auch eine Eisenbahnstrategie, die es zu festigen gilt. Es ist nicht nur die Geschichte einer Brücke, es ist eine Mobilitätsstrategie, die sich erweitern und unsere Grenzen überschreiten muss, es muss wirklich etwas Systemisches sein. Es fängt an, allmählich Form anzunehmen.

Herr Herth war auch mit dem Problem konfrontiert, dass unsere Schüler und Lehrer im Rahmen von Eucor unterwegs sind. Heute haben wir noch keine Lösung wie ein gemeinsames Ticket und einen gemeinsamen Tarif, um von Freiburg nach Basel, von Basel nach Straßburg und von einem Labor zum anderen zu fahren. Allerdings wäre es auf der Ebene einer Universität wie Eucor äußerst attraktiv.

Das sind sehr konkrete Themen, aber damit wir vor Ort arbeiten können, brauchen wir eine Form der Freiheit, eine Möglichkeit, Lösungen zu finden, möglicherweise durch regelmäßige Überarbeitung des Elysée-Vertrags, mit einem Raum für gemeinsame Projekte,

vielleicht diesen Anhang, der alle drei oder fünf Jahre von beiden Parlamenten in sehr praxisorientierter Weise und im Zusammenhang mit dem, was in den Territorien geschieht, überprüft werden könnte.

Herr Johannes Jung. *(Dolmetscher)* Für die Zeit nach Fessenheim gibt es verschiedene Visionen. Dies wird, wie ich annehme, kein "Ökopark" werden, sondern ein Projekt, das mit Technologie, Ausbildung und Kreativität verbunden ist und der Idee der europäischen Leuchtturmprojekte nahe kommt. Und das wird die Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission auf sich ziehen, da der Sitz des Parlaments hier ist.

Zweitens erfordert der Rückbau eines Kraftwerks Kompetenz. Vor einigen Jahren fand ein Treffen zwischen dem Karlsruher Institut für Technologie, der Europäischen Kommission und der Gemeinsamen Forschungsstelle statt, bei dem es um die Schaffung eines auf Stilllegung spezialisierten Kompetenzzentrums ging. Ich denke, wir haben die Kompetenzen, wir haben die Unternehmen der Energiebranche, die über konkrete Erfahrungen verfügen; es ist eine Basis, auf der wir ein Projekt für Fessenheim realisieren können.

Es ist einfach, Listen zu erstellen, einen Katalog von gemeinsamen Infrastrukturprojekten. Das ist nicht das Problem. Das ist selbstverständlich notwendig, aber ich möchte noch eine weitere Aufgabe erwähnen: Wir sollten die erforderlichen rechtlichen und legislativen Änderungen auflisten. Das ist die Idee, die meines Erachtens bei diesem Treffen weiterverfolgt werden sollte. Daran müssen wir arbeiten, denn es ist ein gewaltiges Unterfangen.

Was die Sichtbarkeit dieser Zusammenarbeit, dieser Strategien betrifft, so sind es die lokalen Volksvertreter, die mir oft sagen: Es ist großartig, wir wussten nicht einmal, dass so viele Dinge vor sich gehen. Wenn wir versuchen, Europa hinter verschlossenen Türen zu perfektionieren, und niemand bemerkt es, dann ist es nicht gut, also müssen wir diese Sichtbarkeit herstellen.

Herr Dr. Klaus Schüle. *(Dolmetscher)* Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Idee eines Drei- oder Fünfjahresplans beibehalten würden, denn ich denke, es würde wirklich helfen, die Dynamik aufrechtzuerhalten.

Wir haben auch über einen deutsch-französischen Investitionsfonds gesprochen, und ich glaube, dass wir mit einer Haushaltslinie für deutsch-französische Projekte pragmatische Fortschritte erzielen können: Dabei unterstütze ich Sie voll und ganz. Und da wir über die europäische Universität sprechen und eine Absichtserklärung unterzeichnet wurde, sagen wir es so: Was fehlt, sind 18 Millionen Euro.

Ich wollte über das Fessenheim-Projekt sprechen. Herr Rottner, ich denke noch an die erste Sitzung des Lenkungsausschusses in Colmar. Hunderte von Vertretern aus dem ganzen Elsass waren gekommen, es war ein großer Moment, aber wir können die Dinge ein wenig anders machen.

Auf jeden Fall erscheint mir wichtig, dass in diesem Bereich der deutsch-französischen Tätigkeit der Präfekt, der Bürgermeister und auch Vereinsgründer gekommen waren. Sie wollten ein Unternehmen schaffen, an dem sich die deutschen Gemeinden beteiligen, und zwar um eine Arbeitsgruppe herum. Ich habe großes Vertrauen in die lokalen Volksvertreter in der Region.

Was die europäischen Leuchtturmprojekte betrifft, so sehe ich auf meinem Schreibtisch Projekte, die eine bessere Wissenschafts- und Forschungspolitik erfordern, ein wenig nach amerikanischem Vorbild, um beispielsweise Solarkollektoren zu entwickeln. Während viele dagegen sind, könnte sich das Fraunhofer-Institut eine Zusammenarbeit mit

einem großen französischen Stromerzeuger vorstellen, um auf dem historischen Gelände von Fessenheim ein Solarprojekt zu realisieren.

Frau Vorsitzende Sabine Thillaye. Ich danke Ihnen allen. Ich denke, einige Nachrichten sind gut angekommen. Vor allem habe ich vernommen, dass wir all diese Projekte viel umfassender betrachten müssen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit darf nicht nur auf Eurodistrikte reduziert werden, sondern muss viel weiter gehen - kurzum, es gibt mehrere konzentrische Kreise. Und wir brauchen auch sehr konkrete Projekte, die wir sichtbar machen müssen.

Ein "grenzüberschreitendes Paket" sollte auch in den Elysée-Vertrag aufgenommen werden und von Zeit zu Zeit bewertet werden, was getan wurde, was relevant ist und was nicht.

Um diese gemeinsamen Projekte umzusetzen, brauchen wir auch einen Katalog von Gesetzesänderungen, damit wir ganz konkrete Fortschritte machen können.

Herr Vorsitzender Andreas Jung. (Dolmetscher) Meine Damen und Herren, ich bin Ihnen auch sehr dankbar. Ich habe eingangs gesagt, dass wir bereits viel Arbeit in diesen Fragen geleistet haben und wir sehen, dass es neue Ideen gibt, die wir uns merken sollten.

Herr Präsident Rottner, Sie haben diese Öffnung sehr gut beschrieben. Das ist sehr oft das Problem: An der Grenze betrachtet jeder sein Land, anstatt sich umzudrehen und das andere anzuschauen.

Und dann nehme ich eine zweite Idee aus der Rede von Herrn Theis auf: Die Parlamentarier müssen eine Rolle in diesem Prozess spielen, damit er auf einer guten Grundlage, hier auf lokaler und regionaler Ebene, durchgeführt werden kann.

Ich für meinen Teil fand die Idee eines konkreten Umsetzungsmanagements mit Fünfjahresplänen und parlamentarischer Kontrolle, mit einem Katalog von Projekten, Maßnahmen und einem Katalog von Gesetzesänderungen sehr interessant.

Und dann gibt es noch Fragen und Projekte zur Energiewende, ganz konkrete Projekte - vor allem mit dem Fraunhofer-Institut und EDF. Wir haben dies zur Kenntnis genommen und unterrichten unsere jeweiligen Regierungen darüber.

Vielen Dank für Ihre Beiträge.

Diese erste Anhörungsrunde endet um 16.05 Uhr.

- Anhörung von Herrn Gilbert Schuh, Départementrat für die Strategie "Deutschland" im Département Moselle; von Herrn Patrice Harster, Geschäftsführer im Eurodistrikt Pamina ; von Herrn Frédéric Duvinage, Geschäftsführer des Trinationalen Eurodistricts Basel und von Frau Isabelle Prianon, Geschäftsführerin im Eurodistrict Saar-Moselle.

Die Anhörungen werden um 16.10 Uhr fortgesetzt.

Herr Vorsitzender Jung. Ich begrüße Gilbert Schuh, Geschäftsführer für die Strategie "Deutschland" im Département Moselle, Patrice Harster, Generaldirektor des Eurodistriktes Pamina und Frédéric Duvinage, Direktor des Trinationalen Eurodistrict Basel.

Herr Gilbert Schuh, Départementrat für die Strategie Deutschland des Département Moselle. Ich werde zunächst als Delegierter des Départements Moselle sprechen, denn ich vertrete hier mit Isabelle Prianon auch den Eurodistrict Saar-Moselle.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist seit vielen Jahren eine wesentliche Dimension der deutsch-französischen Zusammenarbeit, und wir begrüßen die Initiative des Parlaments, sie in den neuen Elysée-Vertrag aufzunehmen.

Das Département Moselle weist jedoch darauf hin, dass sich die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht auf die Rheinachse beschränkt, sondern sich über die gesamte deutsch-französische Grenze erstreckt. Obwohl die Zusammenarbeit zwischen dem Elsass und den benachbarten deutschen Bundesländern oft als Beispiel genannt wurde, ist die Zusammenarbeit zwischen Mosel, Saarland und Rheinland-Pfalz ebenso stark, nachhaltig und lebendig und hat sehr tiefe Wurzeln, die auf langjähriger Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen beruhen. Rund 18.000 Moselaner überqueren täglich die Grenze, vor allem im Saarland, aber auch in Rheinland-Pfalz.

Aus dieser langjährigen Zusammenarbeit hat sich ein wichtiges grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt entwickelt, das wichtigste im Bereich der Mehrsprachigkeit, genannt "SESAM'GR".

Aus dieser Zusammenarbeit ist auch ein sehr wichtiges Bürgerprojekt entstanden: organisierte Zonen für den Zugang zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ZOAST), die zahlreiche lokale Initiativen zwischen Krankenhäusern ergänzen, wie zum Beispiel die Behandlung kardiologischer Notfälle zwischen den Krankenhäusern Forbach und Völklingen im Saarland. Wir bedauern jedoch, dass die erste ZOAST vorerst nicht vollendet werden konnte.

Das Département Moselle ist ein legitimer und unverzichtbarer Akteur in der deutsch-französischen Zusammenarbeit, vor allem im Alltag. In Lothringen ist keine Gebietskörperschaft engagierter als wir und wie das Saarland, das seine Strategie "Frankreich" entworfen hat, haben wir eine Spiegelstrategie: die Strategie "Deutschland", die das Département Moselle mit dem Département Meurthe-et-Moselle umgesetzt hat.

Die Moselaner sind die Hauptbeteiligten an grenzüberschreitenden Projekten, die mit europäischen Mitteln aus aufeinander folgenden Interreg-Programmen unterstützt werden. Ein Beispiel für eine ehrgeizige Politik kommt aus dem Bereich des Deutschlernens. Es ist uns gelungen, zunächst im Rahmen des Projekts "Trilingua" und nun im Rahmen des Projekts "SESAM'GR" die französische Education nationale und deutsche Ministerkollegen aus dem

Saarland und Rheinland-Pfalz zusammenzubringen. Diese Politik basiert auf einem Netzwerk von Bildungsassistenten, Muttersprachlern.

Im Département Moselle stellen wir Deutschsprachige ein, in Rheinland-Pfalz und im Saarland stellen sie Französischsprachige ein, die in Kitas, Grundschulen und sogar in Sekundarschulen tätig werden und Lehrer täglich dabei unterstützen, die Kinder an das frühe Erlernen der Nachbarsprache heranzuführen. Es ist ein einfaches, alltägliches Deutsch, weniger akademisch, mit ziemlich innovativen Lehrmethoden. Das Département Moselle verfügt über 35 pädagogische Mitarbeiter, die fast 6.000 Schülerinnen und Schüler betreuen.

Angesichts dieser Erfahrungen hoffen wir, dass der Elysée-Vertrag uns echte Legitimität beim Erlernen der Nachbarsprache verleiht und unser Handeln erleichtert, indem er bestimmte rechtliche und administrative Hindernisse beseitigt, Diplome anerkennt und die Personaleinstellung erleichtert, damit der Zugang zur deutschen Sprache verbessert und die Interkulturalität gefördert wird, so dass sich junge Menschen ihrem Nachbarn, Europa und der Welt öffnen. Dies ist auch für die berufliche Mobilität wichtig, da die Mosel, insbesondere das ehemalige Bergbaugebiet Forbach, nach wie vor eine relativ hohe Arbeitslosenquote aufweist, die deutlich höher ist als die des Saarlandes, das mehr an Neueinstellungen interessiert ist. Auf der einen Seite fehlt es also an Bewerbungen, auf der anderen Seite haben wir eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Jeder versteht, wie wichtig es ist, Kinder zu motivieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, so früh wie möglich die Nachbarsprache zu erlernen.

Das Département Moselle war im Verkehrsbereich tätig, als es noch über diese Kompetenz verfügte. Seit dem NOTRE-Gesetz hat der Grand Est diese Zuständigkeit übernommen. Wir hatten ein Programm namens "Ticketing" zur Einführung eines universellen, multimodalen und grenzüberschreitenden Tickets. Es wurde von der Region Grand Est übernommen. Außerdem hatten wir mit dem Eurodistrikt eine Verkehrslinie zwischen Saint-Avold und Saarbrücken in Betrieb genommen, die relativ erfolgreich ist. Obwohl sie nur noch Homburg-Haut und Saarbrücken verbindet, befördert sie fast 100.000 Passagiere pro Jahr. Wir sehen daher den Nutzen, die grenzüberschreitende Mobilität durch Sprachenlernen und öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern.

Im Sinne der territorialen Solidarität unterstützt die Abteilung auch ein grenzüberschreitendes Kitaprojekt mit dem Eurodistrict Saar-Moselle, das ebenfalls darauf abzielt, die Nachbarsprache so früh wie möglich und ohne Unterbrechung bis zum Gymnasium oder sogar Universität zu erlernen. Dieses Projekt erfordert viel administrative Betreuung und Unterstützung.

Auch im Bereich der beruflichen und grenzüberschreitenden Mobilität hat das Département die Initiative ergriffen, in Forbach eine grenzüberschreitende Servicestelle (MOSA) zu schaffen. Bewerber für eine Arbeitsstelle im Saarland oder in Rheinland-Pfalz können sich über Beschäftigungsmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel, vor allem aber über Rentenkassen, Krankenkassen und Arbeitsrecht informieren. Es wird alles getan, um den Zugang zur Erwerbstätigkeit in Deutschland zu fördern. Diese MOSA existiert seit Juli 2015 und wir haben derzeit 5.000 Besucher pro Jahr. Es ist also ein großer Erfolg, wir sehen, dass es ein nützliches und notwendiges Projekt war.

Das Département hat auch Projekte für Senioren bezüglich der Schaffung von grenzüberschreitenden IT-Instrumenten für die häusliche Betreuung. Im Hinblick auf die Sicherheit haben wir ein INTER'RED-Projekt gestartet, um die Feuerwehren mit den Brandschutz- und Rettungsdiensten entlang der Grenze zu koordinieren.

Diese Projekte sind bürgernah, pragmatisch. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ein legitimer Gesprächspartner sind und viele Beziehungen zu unseren Kollegen aus dem

Saarland und Rheinland-Pfalz unterhalten. Wir treffen uns regelmäßig mit den Ministern dieser Länder und planen in Kürze ein Treffen mit dem neuen saarländischen Ministerpräsidenten, Herrn Tobias Hans, und Herrn Stephan Toscani, dem Präsidenten des saarländischen Landtags, den wir bereits seit langem kennen. Wir stehen auch in Kontakt mit Herrn Theis, den Sie zuvor empfangen haben. Wir haben langjährige Beziehungen des Vertrauens und der Freundschaft, die im Vertrag von Elysée verankert sind. Geplant sind auch gemeinsame Sitzungen von Landtag und Départementrat Moselle. Wir haben beschlossen, sie jedes Jahr zum symbolischen Datum am 22. Januar zu veranstalten.

Wir hoffen, dass der Elysée-Vertrag uns in die Lage versetzt, weiterhin zu handeln, und unsere Rolle und unser Wirken in der deutsch-französischen Zusammenarbeit anerkennt, ohne zusätzliche Zwänge zu schaffen oder die Organisation der territorialen Zuständigkeiten in Frage zu stellen. Die Dinge laufen gut, wir wollen keine neuen institutionellen Umwälzungen, die diese Aktion mit konkreten Ergebnissen zum Nutzen aller in Frage stellen könnten.

Herr Patrice Harster, Geschäftsführer im Eurodistrikt Pamina. Danke, dass Sie mich heute eingeladen haben. Pamina feiert in diesem Jahr 30 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ist damit eine recht alte Institution am Oberrhein. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde in den verschiedenen Entschlüssen nach dem Elysée-Vertrag von 1963 nicht oft erwähnt und ich glaube, dass es jetzt an der Zeit ist, sie aufzunehmen.

Zusammenarbeit muss immer ein Gleichgewicht von Kräften und Funktionen sowie bürgernah sein. Ein weiteres wichtiges Element, das ich in dem Bericht erwähnt habe, den Sie vielleicht gelesen haben, ist die Erfahrung, die wir auf der Ebene des Eurodistrikts gemacht haben: Sobald Sie dem Bürger sagen, dass etwas in Europa geschieht weit weg von ihm oder in dreißig Jahren, ist er nicht mehr interessiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss kurzfristig, spontan und nah sein. Das sind die Grundlagen unserer Arbeit und ich stimme Herrn Schuh in diesem Punkt voll und ganz zu. An der Grenze gehen wir mit Fingerspitzengefühl vor, es ist Feinarbeit. Die persönlichen Erfahrungen der Bürger sind sehr wichtig, es wird behauptet, dass die Grenzen verschwunden sind, aber die Staatsgrenzen sind immer noch da. Wenn ein Land Gesetze erlässt, berücksichtigt es selten die Folgen für das tägliche Leben der Bürger an der Grenze und das ist normal. Jedes Jahr kommen dreitausend Menschen zu mir, um mir über Probleme zu berichten, die zu 80 % auf nationale Rechtsvorschriften zurückzuführen sind, die nicht immer die Auswirkungen auf die Grenzen berücksichtigen. Darin besteht auch unsere Arbeit, wir sollten Wege finden, sie zu formalisieren, und Sylvain Wasserman hat die richtige Lösung vorgeschlagen, nämlich Grenzdienste durch Pläne oder Schemata vertraglich zu regeln.

Ich arbeite derzeit mit der Europäischen Kommission an einem Projekt über Hindernisse an den Grenzen. Die Kommission erwägt die Anwendung von Aktionsprotokollen, so dass ich mich ab dem 1. August mit der Frage der Kostenerstattung durch die deutschen und französischen Krankenkassen befassen werde. Im Eurodistrikt gibt es 25 Hindernisse. Das Aktionsprotokoll wird es ermöglichen, ein Verfahren zu entwickeln, eine Bestandsaufnahme zu erstellen, um den Ursprung der Probleme und die Lösungen zu ermitteln. Dieses Aktionsprotokoll könnte dann vielleicht auf alle Grenzen in Europa ausgedehnt werden.

Anderweitig wird anders vorgegangen, das sind sehr einfache Dinge. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kompliziert, sie muss immer vereinfacht werden, das ist die Hauptschwierigkeit. Die Eurodistrikte haben bewiesen, dass sie wissen, wie man eine nicht allzu komplizierte grenzüberschreitende Governance einrichtet. Am Oberrhein gibt es elf mit öffentlichen Mitteln finanzierte grenzüberschreitende Strukturen. Ich glaube nicht, dass wir eine neue schaffen müssen, sondern dass wir einige davon verschmelzen müssen.

Mobilität ist eines unserer vorrangigen Themen. Junge Menschen können im Eurodistrikt nicht reisen, weil es im Gegensatz zu Straßburg-Kehl oder TEB keine grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrsmittel gibt, weil es nur wenige Brücken über den Rhein gibt. Also arbeiten wir daran.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Gesundheit. Die Region Grand Est hat das regionale Gesundheitsprojekt überarbeitet. An der Grenze gibt es ein Krankenhaus mit grenzüberschreitenden Notdiensten. Nach den Reformen in Frankreich und Deutschland muss es die Notaufnahme schließen und das Krankenhaus wird verlegt. Damit verlieren wir an der Grenze nahe gelegene Notfall- und Gesundheitsdienste. Es gibt Probleme bei der Anwendung von Ärztoprotokollen in Krankenhäusern, und wir haben ein Beispiel für ein grenzüberschreitendes Krankenhaus in Cerdanya an der französisch-spanischen Grenze. Warum nicht dieses Modell auf die deutsch-französische Grenze anwenden? Das könnte in Angriff genommen werden.

Beschäftigung ist auch hier ein Thema, da wir auf deutscher Seite ein Unternehmen mit Sogwirkung haben, das alle Fachkräfte anzieht, so dass nur noch Arbeitskräfte übrig bleiben, die weder zweisprachig noch mobil sind. Deshalb müssen wir uns um einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt bemühen. Wir kennen die Hindernisse: Anerkennung von Diplomen, Vertrauen, Ansiedlung von Unternehmen auf französischer Seite. Könnte eine grenzüberschreitende Entwicklungszone etwas bringen? Es ist eine Idee.

Die europäische Verordnung, die derzeit von den Staaten geprüft wird, wird es ermöglichen, das Recht zu wählen. Ich glaube nicht, dass das deutsche Recht in Frankreich unbedingt angewendet werden sollte und umgekehrt. Wir brauchen eine Mischung von Rechten. Mit den Beziehungen, die ich innerhalb der französischen oder europäischen Gremien habe, werden wir an der Mischung des Rechts arbeiten: Nehmen wir das Beste aus jedem Rechtssystem und wenden wir es auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an. Dies ist ein weiteres in Angriff zu nehmendes Vorhaben.

Eurodistrikte haben keine Zuständigkeiten, dennoch führen wir viele Projekte und Aktionen durch. So haben wir ein Projekt zur Förderung der Zweisprachigkeit auf den Weg gebracht, ohne über Kenntnisse in diesem Bereich zu verfügen. Es heißt "Passe-Partout". Dies ist ein digitales Spiel für Grundschulen. Es erlaubt, die Nachbarsprache zu lernen, sich zwischen den Klassen auszutauschen, das Gebiet zu entdecken und zu spielen. Es wird am gesamten Oberrhein verbreitet und ich hoffe, dass es im nächsten Jahr auch auf den Eurodistrikt Saar-Mosel ausgedehnt wird. Es befindet sich auf der Website der GD Bildung der Europäischen Kommission im Toolkit. Das alles kann ein Eurodistrikt ohne spezielle Vorkenntnisse tun.

In dem von mir verfassten Bericht unterstütze ich voll und ganz die Vorschläge im Bericht von Sylvain Waserman zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ich würde hinzufügen, dass es möglich ist, Kompetenzen zu bündeln, ohne die ursprünglichen Träger zu berauben. So haben wir auf französischer Seite eine grenzüberschreitende Kläranlage errichtet, die auch von deutschen Kommunen genutzt wird. Es gab keine größeren rechtlichen Hindernisse oder Projektträger. Sie funktioniert und kostete 13 Millionen, sonst hätte man zwei mit je 10 Millionen bauen müssen. Man kann also darauf verzichten, das Gesetz zu ändern oder den Blick auf das europäische Recht zu richten.

Unsere Aufgabe ist es, kreativ und erfinderisch zu sein, aber bisweilen fehlt uns ein allgemeiner Rahmen, eine wichtige Unterstützung. Der Elysée-Vertrag muss sich auf die Zusammenarbeit beziehen, wie es bei den Eurodistrikten der Fall ist. Wir müssen einige Unternehmungen einleiten, die es uns ermöglichen, Projekte entschlossener durchzuführen.

Herr Frédéric Duvinage, Geschäftsführer im Trinationalen Eurodistrict Basel. Zunächst möchte ich Sie bitten, die Abwesenheit meines Präsidenten, Mike Keller, der heute nicht hierher kommen konnte, zu entschuldigen,

Es ist wichtig zu verstehen, dass das Wort Eurodistrict mehrere Bedeutungen hat. Der Eurodistrict ist ein Territorium, er ist auch eine Institution, die in unserem Fall die Rechtsform eines Vereins nach französischem Recht annimmt. Und einige Projekte werden nicht vom Eurodistrict als Institution geleitet, aber es gibt eine Steuerung dieser Projekte auf der Ebene des Eurodistricts.

Wir haben zwei Funktionen. Die erste ist die Arbeit im Rahmen des Interreg-Programms für den Oberrhein. In den letzten zehn Jahren haben wir es unseren Mitgliedern ermöglicht, 5 Millionen Euro an Interreg-Fördermitteln für Projekte in dieser Region zu erhalten. Unsere zweite Aufgabe ist es, eine Governance-Plattform bereitzustellen, denn wir können auf unserem Territorium, das sich drei Staaten teilen, nicht regieren. Um Entscheidungen zu ermöglichen, bieten wir deswegen eine Governance-Plattform an. Volksvertreter treffen sich viermal im Jahr, um Projekte zu erörtern, und wir können auch über Probleme diskutieren. Vor etwa zehn Jahren, als wir mit der Zusammenarbeit begannen, sprachen wir nur über Projekte, die einstimmig beschlossen wurden. Heute beginnen wir, über Themen zu diskutieren, bei denen nicht unbedingt Einigkeit herrscht, was die Vertiefung der Zusammenarbeit zeigt.

Der Vorstand des Vereins besteht aus 27 Mitgliedern und wir haben eine mehrstufige Struktur angenommen. Zu unseren Mitgliedern zählen die Region Grand Est in Frankreich, das Département Haut-Rhin und die Saint-Louis Agglomeration. Auf deutscher Seite sind unsere Mitglieder Städte und der Landkreis Lörrach. Das Land Baden-Württemberg gehört nicht zu unseren Mitgliedern. Und auf Schweizer Seite sind die vier Kantone und einige Städte Mitglieder.

Alle drei Jahre müssen wir die Geldgeber finden, um die Zuschüsse für den Eurodistrict zu erhalten. Wir sind kein europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), sondern ein privatrechtlicher Verein.

Am Ende der vorangegangenen Anhörungen stellte Herr Johannes Jung fest, dass auf nationaler Ebene viel getan wird, die Kommunen aber nichts davon wissen. Dies ist ein sehr wichtiger Gedanke: Auf kommunaler Ebene wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von einigen Bürgermeistern als weit entfernt empfunden und die Arbeit, die auf regionaler und staatlicher Ebene geleistet wird, muss auch den Kommunen bekannt sein.

Wir arbeiten an Projekten im Verkehrswesen. Derzeit wird das Industriegebiet Huningue mit dem Hafen auf der Schweizer Seite und dem Hafen auf der deutschen Seite umgestaltet. Im Jahr 2030 werden wir den französischen Staat und Interreg bitten, eine neue Brücke zwischen der Schweiz und Frankreich zu bauen. Unsere Erfolge in den letzten zehn Jahren waren zwei grenzüberschreitende Straßenbahnen, eine verbindet Weil am Rhein in Deutschland und die andere Saint-Louis in Frankreich. Bis 2020 läuft eine internationale Architekturausstellung und wir bereiten die Erschließung einer Kiesgrube vor, die in einen Park umgewandelt wird. Wir konzentrieren uns wirklich auf die operativen Aspekte bei der Neugestaltung und dem Verkehr. Die Besonderheit unseres Eurodistricts besteht darin, dass 60% der Bevölkerung und 50% der Mittel aus der Schweiz stammen. Wir können kein deutsch-französisches Programm anwenden, da wir trinational sind. Für die Umsetzung des Elysée-Vertrags 2.0 und der Liste der Projekte müssen wir mit der Schweizer Seite zusätzliche Arbeiten durchführen, um herauszufinden, wie sie auf Ihre Initiativen reagieren. Ich habe vor, einen Diplomaten aus Bern und Mitglieder Ihres Gremiums zur nächsten Generalversammlung

kommen zu lassen, um zu sehen, wie die Dinge sich entwickeln, denn es ist nicht so einfach wie in anderen Territorien.

Erst kürzlich haben wir mit dem Begegnungsfonds und den Kleinprojekten eine Arbeit für die Bevölkerung entwickelt. Vor zehn Jahren war die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr technisch, die politische Dimension sehr lokal. Mit den regionalen und nationalen politischen Entwicklungen wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu einem politischen Gegenstand, nicht nur zu einem technokratischen.

Herr Michael Link. *(Dolmetscher)* Herr Duvinage, Sie haben die Frage der Schweiz angesprochen. Das ist sehr wichtig, und ich entnehme Ihrer Rede, dass es sinnvoll wäre, im Rahmen des Elysée-Vertrags 2.0 oder in der angehängten Liste Projekte aufzunehmen, die mit anderen Ländern wie der Schweiz oder anderen Gebieten wie SaarLux durchgeführt werden. Im Rahmen des Karlsruher Abkommens haben die betroffenen Kantone ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit bekundet. Glauben Sie, dass Bern das akzeptieren würde, und wenn ja, wie können wir das erleichtern? Wir wollen aber nichts Bilaterales, sondern etwas Inklusives, das die Zusammenarbeit wirklich stärken würde.

Herr Vorsitzender Jung. *(Dolmetscher)* Ich sehe, wie weit die Zusammenarbeit fortgeschritten ist. Sie darf sich nicht auf die deutsch-französischen Beziehungen beschränken, sondern muss als Vorbild für andere Regionen Europas dienen. So werden wir in den wesentlichen Fragen vorankommen.

Herr Antoine Herth. Herr Schuh, bestätigen Sie, dass es auf der Achse Metz-Luxemburg keine rechtlichen Schwierigkeiten gibt, wie einer unserer Kollegen heute Morgen erklärte oder glauben Sie, dass es Probleme gibt, insbesondere im Verkehrsbereich? Wir unsererseits erkennen sie im Rahmen der Rhein-Eurodistrikte.

Herr Patrick Hetzel. Herr Harster, Sie haben betont, dass die Maßnahmen der Eurodistrikte im grenzüberschreitenden Bereich in einer Reihe von Fällen keine Gesetzesänderungen erfordern, da eine Reihe von Einrichtungen bereits über Zuständigkeiten verfügen und es möglich ist, mit etwas Fantasie Lösungen zu finden. Glauben Sie dennoch, dass bestimmte Punkte gesetzgeberische Arbeit erfordern würden?

Frau Dr. Franziska Brantner. *(Dolmetscher)* Welche Gesetzesänderungen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um das Gesetz zu vereinfachen oder Aktivitäten in für Sie relevanten Bereichen zuzulassen?

Herr Harster, Sie haben das Aktionsprotokoll mit der Europäischen Kommission angesprochen: Ist es ein Projekt der Kommission, um Schwierigkeiten im Gesundheitsbereich in allen Grenzregionen zu ermitteln? Ist es das Ziel, eine europäische Richtlinie auszuarbeiten und die Krankenkassen zu veranlassen, beispielsweise die Erstattung nicht nur in Notfällen zu gewährleisten? Wie sieht der Zeitplan für diese Arbeit aus? Halten Sie es für möglich, binationale Lösungen zu erwägen, durch die Krankenkassen in die Pflicht genommen werden? Die Bürger sagen uns oft, dass sie gerne ins Krankenhaus oder zu einem Arzt auf der anderen Seite der Grenze gehen würden, außerhalb eines Notfalls.

Frau Ursula Groden-Kranich. Herr Harster, Sie sind gewissermaßen der engste Ansprechpartner für Nachbarschaftsprobleme. Wir möchten die deutsch-französische Zusammenarbeit stärken: Wie können wir Ihre Erfahrungen nutzen, um dieses Ziel zu erreichen? Gibt es etwas, das Sie besonders hervorheben möchten?

Herr Sylvain Waserman. Nach den Gesprächen, die ich insbesondere mit Herrn Harster geführt habe, habe ich in meinem Bericht an den Premierminister betont, wie wichtig

es ist, in den Eurodistrikten eine Rechtsdifferenzierung - beispielsweise die Angleichung der französischen und deutschen Rechte - zu experimentieren. Ist das immer noch Ihre Einstellung?

Herr Gilbert Schuh. Die Frage von Herrn Herth betrifft den öffentlichen Verkehr zwischen Luxemburg und dem Département Moselle. Es gehört zusammen mit Luxemburg, Wallonien, dem Saarland und Rheinland-Pfalz zur Großregion, zu der auch der Eurodistrikt gehört. Für den öffentlichen Verkehr sind jetzt der Grand Est, die Region und natürlich Luxemburg zuständig. Im Eurodistrict Saar-Moselle besteht ein deutlicher Handlungsbedarf. Die Zuständigkeit könnte auf Eurodistrikte übertragen oder ihnen gewährt werden, soweit der Staat für den internationalen öffentlichen Verkehr zuständig ist und sich offensichtlich nicht mit den Nahverkehrsnetzen befassen kann.

Herr Hetzel, das Recht auf Experimente ist im legislativen Arsenal nicht vorgesehen, aber ich halte es für notwendig, dass wir in der Lage sind, zeitlich und räumlich Freiräume zu schaffen, um mit Lösungen zu experimentieren. Das ist seit langem der Wunsch des Eurodistrikts und des Departements Moselle. Sein Präsident, Patrick Weiten, hat oft darum gebeten, vor Ort experimentieren zu können durch Subsidiarität, die nicht immer den Staaten überlassen werden kann.

Frau Isabelle Prianon, Geschäftsführerin im Eurodistrict Saar-Moselle. Ja, gesetzliche Änderungen sind notwendig. Der erste Schritt sollte darin bestehen, sicherzustellen, dass die Bestimmungen der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften keine negativen Auswirkungen auf grenzüberschreitende Gebiete haben. So werden seit kurzem Haltestellen an internationalen Verkehrsstationen in Frankreich besteuert. Aber wenn es möglich ist, diese Steuer für einen TGV zu zahlen, der 5- oder 6-mal im Bahnhof hält und 500 Personen befördert, ist das unvorstellbar für die Straßenbahn, die 17-mal hält und nur von ein paar Dutzend Personen benutzt wird! Das ist nur ein Beispiel, aber die Liste der Dinge, die geändert werden müssen, ist lang.

Frau Dr. Franziska Brantner. Schicken Sie sie rüber!

Frau Isabelle Prianon. Auch im Bereich der Anerkennung von Diplomen und Ausbildungen gibt es viele Hemmnisse, diesmal auf deutscher Seite: Den sehr auf Schutz bedachten Kammern fällt es schwer, sich für eine grenzüberschreitende Ausbildung zu öffnen, die dennoch notwendig ist. Hoffen wir, dass die Arbeitskräftekrise sie zu mehr Flexibilität zwingt. Auch hier muss noch viel getan werden.

Herr Patrice Harster. Zwei Jahre lang habe ich als Sachverständiger an einer Studie der Europäischen Kommission über Grenzhindernisse teilgenommen. Wir haben 239 erfasst. Es gibt noch viel mehr, aber wir haben die wichtigsten zusammengestellt. Diese Liste ist im Internet verfügbar. Wir sehen, dass 20 % der Hindernisse an den Grenzen auf eine unterschiedliche Anwendung der europäischen Richtlinien zurückzuführen sind, 80 % auf unterschiedliche nationale Rechtsvorschriften.

In der letztgenannten Kategorie benötigen mehr als die Hälfte keine Gesetzesänderung, sondern nur Absichtserklärungen, bilaterale Abkommen oder eine einfache Entscheidung, um sie aufzuheben. Warum also muss das Landesgesundheitsamt ein MRT in Deutschland validieren? Wenn wir uns einfach entscheiden, die Validierung zu streichen, ist das Problem für die Bürger gelöst! Das sind oft Dinge, die wir, wenn wir wollen, in den Regionen tun können.

Im Rahmen der zehn Punkte des am 20. September in ihrer Mitteilung "Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen" angekündigten Aktionsplans hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Projekten veröffentlicht, damit grenzüberschreitende Strukturen Aktionsprotokolle in den Bereichen Gesundheit, Mobilität,

Mehrsprachigkeit, Verwaltungszusammenarbeit, Lehre und Ausbildung erstellen. Unser Dossier gehört zu den zehn ausgewählten und wir haben fünfzehn Monate Zeit, um ein Aktionsprotokoll im Bereich der Kostenerstattung im Gesundheitswesen auszuarbeiten. Ziel ist es, Hindernisse durch ein einfaches Protokoll zu beseitigen oder zumindest abzubauen.

Die Anerkennung von Diplomen stellt ein echtes Problem dar: Nur wenige der mehreren Hunderten französischer und deutscher Diplome werden anerkannt und validiert, was die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt bremst und zwar seit Jahren. Hier muss schnell etwas geschehen.

Im Bereich der Besteuerung standen wir vor einigen Jahren vor dem Problem der Rückbesteuerung von Rentnern: 50 000 Menschen mussten über einen Zeitraum von fünf Jahren rückwirkend Steuern zahlen. Die Dinge haben sich wieder normalisiert, aber wir hätten zuvor darüber nachdenken sollen. Wie Isabelle Prianon sagte, müssen die Texte überwacht werden, sobald die Bestimmungen die Grenzen betreffen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Was die Bahn betrifft, so kann sie die Grenze nicht überqueren. Es liegt ein Lastausfall vor, da die elektrischen Sicherheitsnormen nicht harmonisiert sind. Das kostet 1 Million Euro pro Triebwagen. Das System ist verbesserungsfähig und dies erfordert keine größeren Gesetzesänderungen. Oder aber man lässt die Regionen experimentieren und gegebenenfalls später umsetzen.

Die Differenzierung muss in den Eurodistrikten möglich sein. Wir sollten in der Lage sein, beide Rechte auf dem Territorium abzuwandeln, je nach den Themen. Die Schweiz, Luxemburg und Baden-Württemberg sind reiche Regionen, was in der französischen Peripherie weniger der Fall ist: Können wir nicht mit deutschem Recht experimentieren oder französisches Steuerrecht und deutsches Arbeitsrecht auf französischem Boden vermischen? Dieses experimentelle Projekt kann von den Eurodistrikten durchgeführt werden: Dafür haben wir sofort die Mittel.

Herr Frédéric Duvinage. Herr Link, die betroffenen Schweizer Nordwestkantone sind natürlich bestrebt, die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich zu verbessern. Wenn wir vorausschauend handeln und dies erörtern, bestehen dafür Möglichkeiten, Öffnungen. Auch in Bern gibt es Diplomaten, die dieses Dossier verfolgen.

Was die Gesetzgebung betrifft, da wir das EuroAirport-Modell auf unserem Boden hatten, wollten die französischen Abgeordneten einen ähnlichen Bereich mit den gleichen Steuervorteilen. Der Antrag der Abgeordneten betraf vor allem das schweizerische Recht, da das französisch-schweizerische System vorteilhafter ist als das deutsch-französische. Es gab keine Diskussion wie bei Fessenheim für eine binationale Zone.

Die Schweizer sind sehr pragmatisch und alles Gesetzgebende wird auf der Ebene der dreigliedrigen Kommission behandelt. Unser Gremium konzentriert sich hauptsächlich auf die operative Arbeit, Interreg-Projekte. Rechtsfragen werden von Infobest bearbeitet, aber im Gegensatz zu Infobest-Pamina ist die Struktur nicht in den Eurodistrikt integriert.

Es ist wichtig, dass Fortschritte im deutsch-französischen Teil nicht zu Schwierigkeiten im trinationalen Teil führen. Es wäre schade, wenn eine sehr starke Entwicklung in den deutsch-französischen Beziehungen einen Bruch in einem trinationalen Projekt bewirken würde, das sehr gut funktioniert.

Herr Vorsitzender Andreas Jung. *(Dolmetscher)* Wir danken Ihnen für Ihre Beiträge, die in unsere Arbeit einfließen werden. Es war interessant, die Erfahrungen derjenigen zu hören, die sich in nächster Nähe vor Ort befinden.

Die zweite Anhörungsrunde endet um 16.55 Uhr.